

„Selbstverwaltung ist keine Selbstverständlichkeit“

Staatsminister a.D. Dr. Wolfgang Heubisch über die KZVB-Wahl

Die ärztliche Selbstverwaltung durchlebt einmal mehr schwierige Zeiten. Der Hauptgrund dafür sind die skandalösen Vorgänge in der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). Die Politik sieht sich gezwungen, darauf mit einem Aufsichtsgesetz zu reagieren. Die ersten Entwürfe verheißen nichts Gutes. Die Handlungsspielräume werden weiter eingeengt werden, obwohl der Gesetzgeber in den vergangenen Jahrzehnten mit der Selbstverwaltung so schlecht nicht gefahren ist. Das deutsche Gesundheitswesen ist nach wie vor eines der besten der Welt. Die freie Arztwahl, der freiberuflich tätige Arzt und Zahnarzt, zahlreiche Instrumente der Qualitätssicherung und der Wettbewerb zwischen den Krankenkassen gewährleisten eine Patientenversorgung auf höchstem Niveau.

Natürlich gibt es all das nicht zum Nulltarif, doch im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei den Gesundheitsausgaben allenfalls im Mittelfeld. In den USA sind die Pro-Kopf-Ausgaben deutlich höher, obwohl die Versorgung der Durchschnittsbürger keineswegs besser ist. Teure Privatkliniken und Spezialisten können sich oft nur Besserverdiener leisten. Auch im Vergleich mit staatlichen Gesundheitssystemen in den europäischen Nachbarländern, steht Deutschland deutlich besser da. Lange Wartezeiten auf einen OP-Termin und Leistungsrationierungen gibt es bei uns (noch) nicht. Noch können wir das Versprechen „Spitzenmedizin für alle“ erfüllen.

Das liegt auch daran, dass Ärzte und Zahnärzte verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Berufsausübung haben. In der Zahnmedizin hat sich das Nebeneinander von GKV- und Privatleistungen bewährt. Kaum ein Kollege stellt das GKV-System noch ernsthaft infrage. Warum auch? Die Zahlungen von der KZVB kommen pünktlich und zuverlässig. Sie geben den Praxen Planungssicherheit. Allerdings kann von den Kassenleistungen alleine fast kein Zahnarzt mehr leben. Gerade die jungen Kollegen streben deshalb einen hohen Anteil an Privatleistungen an. Das ist auch richtig, und die Einführung der Festzuschüsse im Jahr 2005 war der richtige Schritt. Sie hat die Eigenverantwortung der Patienten gestärkt. Bei Zahnersatz



Foto: KZVB
Staatsminister a.D.
Dr. Wolfgang Heubisch

gibt es heute viele Behandlungsoptionen. Der Zahnarzt und sein Patient können gemeinsam die Lösung finden, die für den jeweiligen Befund am besten geeignet und auch finanzierbar ist.

Doch Selbstverwaltung heißt auch, dass es immer wieder engagierte Kolleginnen und Kollegen gibt, die bereit

sind, Verantwortung zu übernehmen. Es ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr, dass man neben der Tätigkeit in der Praxis noch Zeit für ein Engagement in der KZV, der Kammer oder dem ZBV opfert. Zwar sind die Vorstände seit 2005 hauptamtlich tätig, doch ohne die vielen Ehrenamtsträger geht es nicht.

Gehen Sie wählen!

Im Juli 2016 sind die bayerischen Vertragszahnärzte aufgerufen, eine neue KZVB-Vertreterversammlung zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag zuletzt leider nur bei rund 50 Prozent. Das ist bedauerlich. Denn schon aus wirtschaftlichen Gründen sollte jeder Kollege ein Interesse daran haben, wem er seine Zukunft anvertraut. Die wichtigste Aufgabe der KZVB ist es, mit den Krankenkassen über die Vergütungen zu verhandeln. Es versteht sich von selbst, dass eine hohe Wahlbeteiligung die Autorität der KZVB-Führung stärkt. Gerade angesichts der Tatsache, dass die Krankenkassen vor allem wegen des Rückhalts in der großen Koalition immer mächtiger werden und ihre Marktanteile permanent ausbauen, brauchen wir eine starke KZVB, die den Kassenfunktionären Paroli bieten kann. Ein fairer Interessenausgleich ist nur dann möglich, wenn auf Augenhöhe verhandelt werden kann.

Deshalb mein Appell: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Denn die Selbstverwaltung ist keine Selbstverständlichkeit.